

Schriftenreihe der Internationalen Forschungsstelle
»Demokratische Bewegungen in Mitteleuropa 1770-1850«

44

Helmut Reinalter (Hrsg.)

Handbuch
zur Geschichte
der demokratischen
Bewegungen
in Zentraleuropa

Von der Spätaufklärung
bis zur Revolution 1848/49



PETER LANG

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Julirevolution in Frankreich 1830 und ihre Wirkungen

Die politische Krise in Frankreich vor 1830 führte zum Ausbruch einer Revolution, die über die Grenzen Frankreichs hinaus in Mitteleuropa Wirkungen hervorrief. Ihre Ziele und Ursachen waren unterschiedlich, wie auch die Sozialstruktur ihrer Trägergruppen. Zentrale Ursachen waren die starken politischen Spannungen, die deutlich darauf hinwiesen, dass die in der französischen Gesellschaft vorhandenen Auffassungen über die künftige politische Herrschaftsordnung weit auseinanderliefen. Der König und die Royalisten wollten die politische Macht des Monarchen stärken, während die breite Opposition für ein Regierungssystem eintrat, in dem die Regierung zwar nicht unbedingt vom Parlament gewählt werden sollte, für die Parlamentsmehrheit aber annehmbar sein musste. Die Opposition, die sich stark für eine Parlamentarisierung einsetzte, bestand jedoch nicht aus einem einheitlichen Block. Eine kleine Gruppe bildeten die Republikaner, die allerdings in der Julirevolution eine relativ geringe Rolle spielten. Die bonapartistische Strömung, die ein intensives Interesse an der Revolution von 1789 und am napoleonischen Kaiserreich hatte, erzielte während der Julirevolution ein zunehmendes Echo, blieb aber ein oppositionelles Sammelbecken ohne populäre Führungspersönlichkeit. Eine starke Opposition ging von den Liberalen aus, die sich mit politischen Organisationen auch außerparlamentarische Unterstützung schufen. Sie beteiligten sich allerdings nicht an den Straßenkämpfen. Die Verfassungsrevision und der Thronwechsel bewirkten zwar das Ende der Julirevolution, die politische Stabilität in Frankreich konnte aber dadurch nicht erreicht werden.¹

Ende Juli 1830 wurde der französische König Karl X., der politisch einen Restaurationskurs verfolgte, nach Straßenkämpfen gezwungen, aus Paris zu fliehen. Sein Nachfolger wurde der „Bürgerkönig“ Louis-Philippe. Die revolutionäre Bewegung umfasste über Frankreich hinaus auch größere Teile Kontinentaleuropas. So setzten belgische Revolutionäre die Trennung vom Königreich der Nie-

1 Vgl. dazu D. Langewiesche, *Europa zwischen Restauration und Revolution 1815-1849*, München 2007, S. 48 ff.; A. Geisthövel, *Restauration und Vormärz 1815-1847*, Paderborn 2008, S. 29 ff.; M. Kossok, *Allgemeine Geschichte der Neuzeit 1500-1917*, Berlin 1986, S. 279 ff.; H. Reinalter (Hg.), *Demokratische und soziale Protestbewegungen in Mitteleuropa 1815-1848/49*, Frankfurt a. M. 1986.

derlande durch und führten eine konstitutionelle Monarchie ein. Auch in Warschau gab es einen Aufstand politischer Offiziere gegen die russische Herrschaft. Ähnlich erging es den Aufständischen in Ober- und Mittelitalien.

1. Wirkungen in der Schweiz

Die Julirevolution in Frankreich zeigte auch Folgen in der Schweiz. 1831 gelang es den Liberalen in Zürich, Bern und Luzern, den drei Vorortskantonen Verfassungen, die auf der Volkssouveränität beruhten, einzuführen. Seither verfügten sie ununterbrochen über die Mehrheit und sie konnten die Regierung stellen. Dies war gleichbedeutend mit einer nicht zu unterschätzenden Machtposition, was eine Konsolidierung der liberalen Kantonsverfassungen von 1831 und der darauf beruhenden Staatsordnung zur Folge hatte. Ermuntert durch den „Züriputsch“ 1839, wollte die konservative Regierung zum entscheidenden Schlag gegen die liberale Opposition ausholen. Für die Liberalen zeigte sich die negative Auswirkung dieses Putsches im gesamtschweizerischen Bereich im Austritt des Kantons Zürich aus dem Siebenerkonkordat, den der neue Große Rat Anfang Oktober 1839 beschloss. Dieses Konkordat war 1832 von den Kantonen Zürich, Bern, Luzern, Solothurn, St. Gallen, Aargau und Thurgau geschlossen worden. Die sieben Kantone gewährleisteten sich gegenseitig ihre Verfassung und verpflichteten sich, einander Hilfe zu leisten, wenn ihre Verfassung gefährdet werden sollte. Falsche Gerüchte waren entscheidend, dass Truppen der Konkordatskantone bereitgestellt wurden, um der Zürcher Regierung zu Hilfe zu kommen. So kam es am 6. September 1839 zum Marsch des bewaffneten Landsturms gegen die Hauptstadt.²

2. Wirkungen in Deutschland

In Deutschland kam es zu einer Vielzahl lokaler Unruhen, die vorwiegend auf Unzufriedenheit mit der Verwaltung, Lebensmittelteuerung und Erwerbskrisen zurückzuführen waren. In einzelnen Städten gab es Straßenkämpfe, in vier mittel- und norddeutschen Staaten führte das französische Beispiel zu einem Konstitutionalisierungsschub. Sachsen, Hannover, Braunschweig und Hessen-Kassel bekamen zwischen 1831 und 1833 Verfassungen und in Braunschweig und Kurhessen wurden Ein-, in Sachsen und Hannover Zweikammersysteme eingeführt.

2 Vgl. dazu die Veröffentlichung Züriluputsch. 6. September 1839. Sieg der gerechten Sache oder Septemberschande?, Pfäffikon 1989.

Die Revolutionsfurcht der gekrönten Häupter steigerte sich mit den Unruhen in Klein- und Mittelstaaten des Deutschen Bundes. Die Unruhen begannen zuerst in Sachsen. Ausgangspunkt waren die 1830 ausbrechenden Unruhen in Leipzig, die dann auf die Landeshauptstadt Dresden übergriffen. In Braunschweig zwang eine aufgebrachte Menschenmenge Herzog Karl von Braunschweig zur Flucht ins Ausland. Hier wurde durch eine spontane Massenbewegung das Prinzip der monarchischen Legitimität gewaltsam aufgehoben. Das Ergebnis war eine Verfassung (1832), von der in erster Linie das Bürgertum und mit Abstrichen die Bauern begünstigt wurden. Ursache der Bewegung im Kurfürstentum Hessen waren die Hungerunruhen der Kasseler Stadtarmut 1830. Auch hier wurde 1831 eine Verfassung verabschiedet, die mit Ausnahme des Vereins- und Versammlungsrechtes wichtige bürgerlich-demokratische Grundrechte und Freiheiten enthielt. In Hannover stand die studentische Intelligenz an der Spitze der antifeudalen Opposition, die sich in erster Linie gegen das konservative Ministerium Münster wandte. Ausgangspunkt der massiven Empörung war die Universität Göttingen. Meinungsverschiedenheiten in der Führung über Weg und Ziel hinderten die Oppositionellen an den Möglichkeiten, ihre Intentionen voll auszuschnöpfen.

In anderen deutschen Teilstaaten wurden gleichfalls die Regierungen in die Defensive gedrängt und zu vorübergehenden Gewährung verschiedener Zugeständnisse, wie z. B. in der Zensur- und Pressefreiheit, gezwungen, wie z. B. in Baden und Bayern, wo – ähnlich wie in Württemberg – die schon bestehenden Landtage zu Tribünen der liberalen Opposition wurden. Auch Österreich und Preußen, die größten und einflussreichsten Staaten des Deutschen Bundes, waren von den Fernwirkungen der französischen Julirevolution betroffen. Höhepunkt und Abschluss dieser Bewegungen bildete das Hambacher Fest im Mai 1832.³

Der Einfluss der Julirevolution auf Mitteleuropa war beträchtlich. In Deutschland folgten seit 1830 Reformen, insbesondere in nord- und mitteldeutschen Staaten Unruhen, politische Reform- und soziale Protestbewegungen. Eine besondere Aufbruchsstimmung ergriff Süddeutschland, wo es zu starken politisierten Wahlen kam. In Baden lockerte das Pressegesetz 1831 die Zensur und auch die nationalstaatlichen Hoffnungen wurden erneut angefacht. Dieser Aufschwung erlosch allerdings dann auch wieder unter dem Druck der Bundesbeschlüsse von 1832 bis 1834.

3 H. G. Haasis, Volksfest, sozialer Protest und Verschwörung. 150 Jahr Hambacher Fest, Heidelberg 1981; K. Baumann (Hg.), Das Hambacher Fest, 27. Mai 1832, Speyer 1982; W. Schieder, Der rheinpfälzische Liberalismus von 1832 als politische Protestbewegung, in: Vom Staat des Ancien Régime zum modernen Parteienstaat, hg. von H. Berding u. a., München – Wien 1978, S. 169 ff.

Die nach der Französischen Revolution entstandene neue Generation von Freiheitskämpfern erlebte nun auch in der Restauration eine bittere Enttäuschung, da die alten Herrschaftsstrukturen weitgehend erhalten blieben bzw. zum Teil auch gefestigt wurden. Diese Enttäuschten, darunter vorwiegend Intellektuelle und Studenten, schlossen sich ab 1815 in Geheimzirkeln zusammen, um Wege und Möglichkeiten zu finden, ihren Staat zu erneuern. Hier waren besonders die Universitäten Zentren des demokratischen Radikalismus, die daher auch von Metternich einer strengen Kontrolle unterzogen wurden. Wegen der Studentenunruhen und der Ermordung Kotzebues hatte Kaiser Franz I. bereits 1819 verfügt, dass kein österreichischer Professor ausländische Universitäten besuchen und keinem Studenten ohne kaiserliche Genehmigung ein Reisepass in das Ausland erteilt werden dürfe. Jeder Versuch deutscher Studenten, nach Österreich zu kommen, wurde mit der Begründung abgelehnt, dass ihre revolutionäre Propaganda einen starken Einfluss auf die Universitäten habe.

3. Wirkungen in Österreich

Metternich störte vor allem der Freiheitsgedanke, der von der Burschenschaft ausging. Franz I. scheint sich allerdings erst seit dem Wartburgfest 1817 mit diesem Problem näher beschäftigt zu haben. Die Einschränkungen der Freiheit erlangten ihren Höhepunkt in den Karlsbader Beschlüssen von 1819, die die Aufhebung der Pressefreiheit und die strengste Überwachung zur Folge hatten. Regte sich vor 1830 die bürgerliche Opposition in der Habsburgermonarchie noch kaum, so änderte sich diese Situation nach dem Versagen der Regierung in der Orientpolitik unter Verschärfung der 1829 eingeführten Verzehrungssteuer, sodass es vor allem in Wien und Prag zu Unruhen kam. Dass auch Österreich von den Wirkungen der Julirevolution in Frankreich 1830 erfasst wurde, von der Metternich meinte, sie sei der Durchbruch eines Dammes in Europa gewesen, beweisen die zahlreichen politischen und sozialen Aufstände in der Habsburgermonarchie.⁴ In Wien brach im August 1830 ein Tumult aus. Schon vorher hatte sich durch die im Mai 1829 neu geordnete Akzise, eine Steuer auf alle Lebens-

4 Vgl. besonders die Akten HHStA, Minister-Kolowrat-Akten (MKA), 1830 und im Allgemeinen Verwaltungsarchiv Wien (AVA), Polizeihofstelle 1830; dazu auch die Arbeiten von H. Reinalter, Die bürgerliche und demokratische Opposition in der Habsburgermonarchie nach 1815, in: Demokratische und soziale Protestbewegungen, S. 77 ff.; H. Bleiber, Die Unruhen in Wien im August 1830, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 22 (1974), S. 722 ff.; ders. Auswirkungen der Julirevolution auf die Entwicklung der antifeudalen Oppositionsbewegung in Preußen und Österreich, in: Die Französische Julirevolution von 1830 und Europa, hg. von M. Kossok / W. Loch, Berlin 1985, S. 177 ff.

mittel, die Stimmung in den unteren sozialen Schichten zusehends verschlechtert, sodass es schließlich zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern und armen Kleinbürgern sowie Behörden, Kaufleuten, Manufaktur- und Fabrikbesitzern gekommen ist. Anfang März 1830 brach in Wien erneut ein Volkstumult aus, an dem eine bedeutende Menschenmenge beteiligt war. Auslösendes Moment war das von der Donau unterhalb der Franzensbrücke angeschwemmte Holz, das von zahlreichen Einwohnern der Stadt als Brennmaterial verwendet worden wäre, wenn nicht das Militär dies verhindert hätte. Zu einem neuerlichen Aufruhr kam es im August 1830 wegen eines Streites zwischen einem Ehepaar und den Zolleinnehmern an der Lerchenfelder Linie um eine Verzehrungssteuer für eine geringfügige Menge Mehl. In Prag erschienen im September 1830 revolutionäre Aufrufe und im Oktober brachen – wie in Wien aus Anlass der Verzehrungssteuer – Unruhen aus. Die revolutionäre Bewegung griff auch auf Sachsen über, sodass sich die Regierung veranlasst sah, zahlreiche Maßnahmen zu ergreifen. Besondere Aufmerksamkeit wurde auf die Überwachung der Handwerksgesellen und Fabrikarbeiter gelegt. Bekannte Arbeitersiedlungen wurden durch die Kreishauptleute visitiert, die Ausgabe von Pässen stark eingeschränkt und der Einsatz von Militär zur Unterdrückung der Unruhen vorbereitet. Alle diese Maßnahmen waren sicher von der Zuspitzung der sozialen und politischen Gegensätze unter dem Einfluss der Pariser Julirevolution mitgeprägt.

Auch 1831 gab es in der Habsburgermonarchie weitere Unruhen und Tumulte. Einige ausgewählte Beispiele sollen dies verdeutlichen. In Mailand und Pavia brachen Volksaufstände aus, im Eisenburger Komitat und in Pest erhoben sich die Bauern gegen die Robotpflicht und in Böhmen drohten die Fabrikarbeiter mit der Zerstörung der Manufakturen. Polizeiminister Sedlnitzky berichtete über diese Unruhen, dass von Seiten des Volkes

„frevelhafte Anspielungen auf die letzten revolutionären Volksszenen zu Paris“ gemacht worden seien.⁵

Die Behörden waren bemüht, die Unruhen in Wien und in den Ländern der Monarchie zu verharmlosen und ihre Bedeutung herunterzuspielen. Die Spannungen blieben aber weiter bestehen. Besondere Aufmerksamkeit schenkte Metternich seit der Julirevolution der Schweiz, die zur bevorzugten Asylstätte der politischen Flüchtlinge geworden war. So schrieb der österreichische Staatskanzler, dass die Schweiz die „Avantgarde der europäischen Propaganda“⁶ sei.

Im Hambacher Fest von 1832, das besonders die republikanischen Tendenzen des politischen Liberalismus gezeigt hat, sah er eine der gefährlichsten Folgen

5 HHStA, MKA 1830, Nr. 2054.

6 Zit. bei H. Reinalter, Die bürgerliche und demokratische Opposition, S. 83.

der Julirevolution und auch den Frankfurter Wachensturm ordnete er in diese Bewegung ein. Sein Hauptziel war es unter anderem, zu verhindern, dass das revolutionäre Treiben auch auf die Habsburgermonarchie übergreifen werde. Hinter der Julirevolution standen für Metternich die liberalen Theorien, die von der Aufklärung und Französischen Revolution weiterentwickelt wurden. Sie zu bekämpfen und ihre Ausbreitung möglichst in Grenzen zu halten, war ein wesentliches Element seiner Politik. Für diese Volksempörungen und die in bereiteren Bevölkerungskreisen zunehmende Erregung war die Verzehrungssteuer entscheidend, zumal von ihr besonders die ärmsten Schichten betroffen waren. Dazu kam noch der Einfluss der Julirevolution, wie aus verschiedenen Spitzelberichten hervorging.

Die „Spaziergänge eines Wiener Poeten“ von Anastasius Grün⁷ (Graf Anton Alexander von Auersperg), die 1831 in Hamburg erschienen sind, symbolisierten den Umbruch in der Volksstimmung. Wie schwer die österreichischen Schriftsteller unter der scharfen Zensur litten, verdeutlicht Charles Sealsfield (Karl Postl), der darüber klagte, dass der österreichische Schriftsteller das „wohl meist gequälte Geschöpfe auf Erden“ sei.

„Er darf keine wie immer benannte Regierung angreifen, auch keine Minister, keine Behörde, nicht die Geistlichkeit, oder den Adel, er darf nicht freisinnig, nicht philosophisch, nicht humoristisch, kurz, er darf gar nichts sein.“⁸

Alle Zeitungen waren im Grunde nichts anderes als Sprachrohre der Regierung, ausländische Zeitungen durften nur nach Passieren der Zensurstelle vertrieben werden. Unter solch denkbar ungünstigsten Voraussetzungen konnte in Österreich kein liberales Schrifttum herauskommen. Gegen Ende der 30er Jahre wirkte sich der durch Wirtschaftskrise, Missernte, Teuerung, Hungerrevolte und Arbeitslosigkeit entstandene Druck, vor allem auf die große Masse der Handwerksmeister und Händler, der Handwerksgehlen, Arbeiter und Tagelöhner, der Bauern und Landarbeiter. Die Polizei hielt es auf Grund der revolutionären Ereignisse für notwendig, allen Fremden, darunter besonders Franzosen und Italiener, ein besonderes Augenmerk zu schenken. Als im Frühjahr 1831 den Kaiser Anzeigen erreichten, die auf die subversive Tätigkeit französischer Emissäre in Österreich hindeuteten, verfügte er eine Verschärfung der Maßnahmen.

Nach der Bestimmung, dass österreichische Staatsbürger ohne Genehmigung der k.-k.-Behörden nichts im Ausland drucken durften, emigrierten viele für kürzere oder längere Zeit oder ließen ihre Druckwerke anonym oder unter einem Pseudonym erscheinen. Um die Mitte der 40er Jahre des 19. Jahrhunderts ver-

7 A. Grün, Spaziergänge eines Wiener Poeten, Hamburg 1831.

8 Charles Sealsfield, Österreich, wie es ist, oder Skizzen von Fürstenthöfen des Kontinents, übers. und hg. von Victor Klarwill, Wien 1919, S. 197 f.

breitete die liberale Opposition in Österreich zahlreiche regierungsfeindliche Broschüren und Pamphlete, die die öffentliche Meinung stark beeinflussten. 1835 bezeichnete Metternich die Literatur, besonders die des Jungen Deutschland, als gefährliches Element, die mit ihrem Streben nach geistiger Revolution auch Wegbereiter der politischen sei. So inaugurierte er das Verbot sämtlicher Schriften des Jungen Deutschland durch den Bundestagsbeschluss vom 10. Dezember 1835. Mittelpunkt der österreichischen Opposition war vor allem Leipzig, wo sich die österreichischen Emigranten um die Zeitschrift „Komet“ und um den „Grenzboten“ scharten. Dieses sich langsam formierende „Junge Österreich“ unterhielt enge Kontakte zu fast allen fortschrittlich gesinnten deutschen Schriftstellern und bekämpfte die Politik Metternichs. Es trat vor allem gegen den Adel, Klerus und die Bürokratie auf, war für die Trennung von Kirche und Staat, für die Aufhebung der Standesprivilegien, für öffentliche Gerichtsverfahren, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Gewerbe-, Religions- und Pressefreiheit und für Lehr- und Lernfreiheit. Dabei wurde eine enge Verbindung von Literatur und Leben angestrebt und daraus die Forderung nach Demokratisierung des literarischen Gegenstandes abgeleitet. Der politische Akzent war hier vorherrschend.

Die Opposition in Österreich setzte sich aus verschiedenen Generationen und Berufen zusammen, während die Opposition im Exil vorwiegend von jungen Schriftstellern aus einer Generation getragen wurde. In Wien war Frankls Zeitschrift „Sonntagsblätter für heimatliche Interessen“ ihr Sprachrohr und Neuners „Silbernes Kaffeehaus“ sowie der Künstlerverein „Concordia“ ihr Treffpunkt. Eine Vermittlerrolle zwischen den österreichischen Liberalen in und außerhalb der Monarchie nahm die Zeitschrift „Die Grenzboten“ ein, die den Leser über die revolutionären Bewegungen im Ausland informierte und über die rückständigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in Österreich aufklärte.

Die Gesellschaft des österreichischen Vormärz war sicher noch in weiten Bereichen feudal, obwohl die sozialen Konflikte und Unruhen in der Habsburgermonarchie zunahmen. So gab es 1841 einen Streik von 350 Arbeitern der mechanischen Baumwollspinnerei in Kennelbach/Vorarlberg wegen Entlassung eines Arbeiters. In Wien wurde ein Flugblatt aufgefunden, das an das Volk gerichtet war und worin betont wurde, dass die Lebensmittel für alle Menschen da seien und die Armen nicht hungern sollten. 1843 kam es in Graz zu einer Auseinandersetzung zwischen Volk und Staatsapparat. Anlass waren Streitigkeiten mit den Einnehmern der Verzehrungssteuer. Größte Sorge bereitete den Behörden der Weberaufstand in Schlesien 1844, sodass sich die Regierung veranlasst sah, verschiedene Maßnahmen zur Sicherung der böhmischen Grenze zu treffen, wie unter anderem die Entsendung von Militär. Im Zwangsarbeitshaus in Wien fand eine Erhebung der eingekerkerten Arbeiter statt, die größere Brotationen forderten, die Arbeit verweigerten und Webstühle zerschlugen. Drei Kompanien

Militär warfen die unbewaffneten Arbeiter nieder. Später gingen hungernde Wiener gegen einzelne Bäcker und Kaufleuten vor und 1847 wiederholten sich in mehreren Ländern der Habsburgermonarchie Hungerrevolten.

Zu ersten größeren Protestaktionen österreichischer Arbeiter kam es dann 1844 in Böhmen, die sich vor allem gegen die Kattendruckmaschinen und die niedrigen Löhne richteten. Gewaltsame Konflikte brachen auch wegen Schmuggelaktivitäten aus. Der Widerstand der Bevölkerung verunsicherte die Behörden, die eine Ausweitung der Konfliktebenen verhindern wollten. In Prag protestierten Maurer, die am Eisenbahnbau beteiligt waren, gegen Lohnkürzungen und erwerbslose Webergesellen verübten in Brünn Exzesse. In einer Fabrik in einer Wiener Vorstadt brachen Arbeiterunruhen aus, im Kreis Marburg, in der Steiermark und in Mähren kam es zu Unruhen von Eisenbahnarbeitern, wobei diese in erster Linie Lohnerhöhungen forderten. Dann erfolgten erneut Hungerrevolten in Wien, Prag und anderen Orten Böhmens.

Auch der Widerstand der Bauern verstärkte sich seit den 40er Jahren, wobei ihre politischen Absichten vor allem auf die Beseitigung ihrer feudalen Unterdrückung ausgerichtet waren. Zu Bauernunruhen kam es im Berauner Kreis in der Steiermark, wo 1831 in einer Meldung betont wurde, dass die Bauern davon überzeugt seien, dass alle Völker, die Revolutionen durchführten, eine Steuerermäßigung erreicht hätten, in Niederösterreich 1834, wo die Bauern die Einstellung von Zehent, Robot und anderen Leistungen verlangten, im Waldviertel und in den Herrschaften Rastenberg, Ottenstein, Schiltern und Brunn am Walde. Vom Kreisamt des Viertels unter dem Manhartsberg kam die Meldung, dass

„vielfältige Zusammentretungen von Gemeinden wegen Aufhebung der Urbarialien, insbesondere des Zehnten, mit dem unverleugneten Streben nach Ausbreitung und mit dem ohne alle Scheu getriebenen Verständnis der Gemeinden eines weiten Umkreises schon seit geraumer Zeit in Wirtshäusern anderen Orten bei Tag und bei Nacht stattgefunden haben, dass Unterschriften und Geldbeiträge eingesammelt wurden, dass diese Vorgänge in ihren Folgen höchst bedenklich“⁹ seien.

Die Behörden setzten Militär gegen die aufbegehrenden Bauern ein. Aus mehreren Eingaben der Gemeinden aus den Herrschaften Gmünd, Weitra, Drosendorf und Gilgenberg, im Viertel über den Manhartsberg ging 1835 hervor, dass die Bauern ihr Ziel, die Abschüttelung des feudalen Jochs, weiter konsequent verfolgten. Nicht zuletzt wegen dieser Bauernunruhen strebten die niederösterreichischen Ständemitglieder liberale Agrarreformen an.

Auch in Oberösterreich protestierten die Bauern. In der Steiermark kam es zu weiteren Bauernunruhen, die gegen die feudale Ausbeutung gerichtet waren. Im

9 H. Bleiber, Zur Entwicklung der antifeudalen Oppositionsbewegung in Österreich vor der Revolution 1848/49, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 23 (1975), S. 81.